

# Reichsgesetzblatt

## Teil I

2007	Ausgegeben zu Berlin, den 11. August 2007	Nr. 20
------	---	--------

Tag	Inhalt	Seite
11. August 2007	Bekanntmachung des Inkrafttretens des Gesetzes über die Volksabstimmung des Deutschen Volkes über die Staats- und Regierungsform, des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes, des Einführungsgesetzes zum Reichswehrgesetz, des Gesetzes über die Reichswehr des Deutschen Reiches, des Ersten Gesetzes über Vermögensansprüche des Deutschen Reiches und des Münzgesetzes des Deutschen Reiches	121 bis 122

Auf Grund des Inkrafttretens der Neufassung der Verfassung des Deutschen Reiches, am 21. Dezember 2006, wird wie folgt verordnet:

Bekanntmachung des Inkrafttretens des Gesetzes über die Volksabstimmung des Deutschen Volkes über die Staats- und Regierungsform, des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes, des Einführungsgesetzes zum Reichswehrgesetz, des Gesetzes über die Reichswehr des Deutschen Reiches, des Ersten Gesetzes über Vermögensansprüche des Deutschen Reiches und des Münzgesetzes des Deutschen Reiches

Vom 11. August 2007

Entsprechend ihrer Dienstverpflichtung, auf der Rechtsgrundlage des Artikels IV der am 09. Mai 1945 in Kraft getretenen und gegenwärtig weiterhin fortgeltenden SHAF-Proklamation Nr. 1 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. A S. 1), sowie auf der Rechtsgrundlage der Bekanntmachung der Neufassung der Verfassung des Deutschen Reichs, vom 21. Dezember 2006 und der Tatsache, daß bis zum Friedensvertrag mit dem territorial in seinen Außengrenzen vom 31. Dezember 1937 wiederherzustellenden Deutschen Reich besondere Bedingungen entsprechend dem Abkommen, betreffend die Besetze und Gebräuche des Landkriegs, – Haager Landkriegsordnung – gelten, hat die Kommissarische Reichsregierung die grundlegenden Eckpunkte zur Wiederherstellung der Rechtsicherheit und Rechtseinheit im Reiche auf einen aktuellen Stand zu befördern.

Damit treten nach entsprechender Zustimmung durch die Staats- und Regierungschefs der Republik Frankreich, der Russischen Föderation, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika, sowie auch mit Zustimmung der UN-Gremien UN-Generalsekretär und UN-Sicherheitsrat, da mit Ablauf von 21 Tagen nach dortigem Eingang von diesen kein Einwand erhoben wurde, die entsprechenden Gesetze wie folgt in Kraft:

mit Wirkung zum 08. Mai 2007

das Gesetz über die Volksabstimmung RGBl. 2007 Nr. 8, S. 27 ff.,

und das Gesetz über das Personenstandswesen RGBl. 2007 Nr. 9, S. 37 ff.,

mit Wirkung zum 08. Juni 2007

das Gesetz über Vermögensansprüche RGBl. 2007 Nr. 13, S. 75 ff.,

mit Wirkung vom 11. August 2007

das Münzgesetz RGBl. 2007 Nr. 14, S. 79 ff.,

mit Wirkung vom 31. August 2007  
 das Einführungsgesetz zum Reichswehrgesetz RGBl. 2007 Nr. 11, S. 59 ff.,  
 und das Reichswehrgesetz RGBl. 2007 Nr.12, S. 63 ff.

Das Anschreiben und die Bekanntmachung der oben genannten Gesetze an die Alliierten wurde mit dem als Anlage folgenden Wortlaut übermittelt.

Diese inhaltlich identischen Schreiben wurden per Einschreiben/Rückschein versandt an:  
 United Nations Secretary-General, Empfangsbestätigung 09. Juli 2007;  
 MESSC-UN, Empfangsbestätigung 09. Juli 2007;

Sicherheitsrat der UN, vertreten durch je die einzelnen Botschafter, Empfangsbestätigung 09. Juli 2007;  
 Regierung der Republik Frankreich, vertreten durch den Präsidenten, Empfangsbestätigung 02. Juli 2007;  
 und die Botschaft in Deutschland, Empfangsbestätigung 27. Juni 2007;  
 Regierung der Russischen Föderation, vertreten durch den Präsidenten, Empfangsbestätigung 04. Juli 2007;  
 und die Botschaft in Deutschland, Empfangsbestätigung 28. Juni 2007;  
 Regierung des Vereinigten Königreichs, vertreten durch den Prime Minister, Empfangsbestätigung 09. Juli 2007;  
 und die Botschaft in Berlin, Empfangsbestätigung 28. Juni 2007;  
 Regierung der Vereinigten Staaten, vertreten durch den Präsidenten, Empfangsbestätigung 17. Juli 2007;  
 den Justizminister Empfangsbestätigung 17. Juli 2007;  
 und die Botschaft in Berlin, Empfangsbestätigung 10. Juli 2007;  
 H Q US EUCOM, vertreten durch den Staff Judge Advocate, Empfangsbestätigung 28. Juni 2007;

Zu Urkund dessen, Groß-Berlin am 11. August 2007.

Der Reichskanzler  
 Dr. W. G. G. Ebel

In Vertretung für den verhinderten Reichsminister des Innern  
 Staatssekretär U. Frühbrodt

Der Reichswehrminister  
 Kapitänleutnant Ing. B. Ludwig

Der Reichsminister für Gesamtdeutsche Fragen  
 M. S. Buchweitz

Anlage Anschreiben: